



11.06.2015 | Nr. 253/15

Katja Rathje-Hoffmann: Ministerin Alheit sitzt in einem Kokon, der Probleme von ihr fernhält

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, hat sich nach den heutigen (11. Juni 2015) Beratungen über die Informationsflüsse im Sozialministerium zu den Vorgängen Friesenhof erschüttert gezeigt:

„Diese Ministerin hat einen Kokon um sich aufgebaut, der Probleme so lange von ihr fernhält, bis die Medien darüber berichten“, erklärte Rathje-Hoffmann

Die Ministerin habe nichts daran auszusetzen gehabt, dass sie hausintern nicht über die Probleme im Friesenhof informiert wurde. Dabei seien mehr als die Hälfte der dort untergebrachten Mädchen im Laufe eines guten Jahres wegen Kindeswohlgefährdung in Obhut genommen worden.

„Neben dieser Häufung von Kindeswohlgefährdung gab es einen Fachartikel, der vor Missbrauch aufgrund der Zustände warnte. All das war nicht politisch relevant genug, um eine Ministerin zu behelligen, die in ihrem Eingangsstatement das Wohl der Mädchen an die erste Stelle stellte“, so die CDU-Abgeordnete.

Selbst auf wiederholte Nachfrage habe die Ministerin sich nicht festlegen wollen, was „politisch relevant“ genug sei, um es ihr persönlich vorzulegen. Auch der Umgang des Ministerbüros mit der Beschwerde eines Friesenhofmitarbeiters über Auflagen der Fachaufsicht spreche für sich. Diese sei direkt und ohne Kenntnisnahme der Hausspitze an diejenige Mitarbeiterin zur Beantwortung gegeben worden, welche die Auflagen angeordnet hatte.

„Wer sich also bei der Ministerin über Entscheidungen beschwert, der erhält ohne Kenntnisnahme der Hausspitze eine Antwort von der gleichen Abteilung. Dieses Verfahren schließt aus, dass Entscheidungen hausintern überprüft werden und die Ministerin jemals auf dem Dienstweg über Probleme informiert wird. Vermutlich ist das der Grund für die hohe Auslastung der Sozialgerichte“, so Rathje-Hoffmann.

Dies ändere nichts daran, dass die in der Beschwerde des Friesenhofmitarbeiters angegriffenen Auflagen berechtigt waren. „Diese Auflagen kamen nur viel zu spät für die betroffenen Mädchen. Die Verantwortung dafür trägt die Ministerin“, sagte die CDU-Abgeordnete.